

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2010

Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* hat am 31.03.2010 das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission vorgestellt und die Vorlage von 34 strategischen Prioritäten bis Ende 2010 angekündigt. Über 2010 hinaus sollen 176 weitere Maßnahmen erwogen, knapp 46 Vereinfachungsmaßnahmen initiiert und 58 bereits vorliegende Vorschläge zurückgezogen werden (s. auch die Beiträge aus den Ressorts).

Das Arbeitsprogramm ist einzusehen unter:

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_en.htm

HIGH-LEVEL GROUP ZUR REDUZIERUNG VON VERWALTUNGSLASTEN UNTER VORSITZ VON MINISTERPRÄSIDENT A.D. DR. EDMUND STOIBER: MANDAT BIS MITTE 2012 VERLÄNGERT

Nach einem Treffen mit MP a.D. *Dr. Edmund Stoiber* gab Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* am 15.05.2012 in Brüssel die bereits im September 2009 angekündigte Verlängerung mit einem erweiterten Mandat der High-Level Group zur Verringerung von Verwaltungslasten für Unternehmen bis Mitte 2012 bekannt. Er bezeichnete dabei die Arbeit der Gruppe vor der Presse als sehr erfolgreich.

Die Rede von Präsident *Barroso* findet sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/162&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE: KOMMISSION LEGT VERORDNUNG VOR

Die Europäische Kommission hat am 31.03.2010 nach Abschluss einer europaweiten Konsultation bis Ende Januar 2010 (s. EB 20/09) einen Verordnungsvorschlag für die Durchführung eines Europäischen Bürgerbegehrens, das durch den Lissabonvertrag eingeführt wurde, vorgelegt. Damit erhalten die europäischen Bürger zum ersten Mal die Möglichkeit, auf europäischer Ebene neue Rechtsvorschriften direkt anzuregen (s. auch den Beitrag des StMI).

Weitere Informationen unter:



http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/sefcovic/headlines/news/2010/03/20100331_citizenship_en.htm#top

Detaillierte Fragen und Antworten unter
[MEMO/10/116](#).

NEUE AMTSCHEFIN UND LEITERWECHSEL IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Bei einem Mittagsempfang am 15.04.2010 mit 300 hochrangigen Gästen führte die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten *Emilia Müller* Frau *Dr. Gabriele Stauner* als neue Amtschefin und Frau *Dr. Angelika Schlunck* als neue Leitern der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU ein. Gleichzeitig verabschiedete sie den vorherigen Amtschef *Martin Neumeyer*, der in das Bayerische Landwirtschaftsministerium wechselt, und Frau *Heidrun Piwernetz*, die die Bayerische Vertretung in Berlin übernimmt und dankte ihnen für ihre hervorragenden Leistungen in ihren Ämtern.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMI

„Strategische Initiativen“ für 2010: u.a. Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms und Überarbeitung der EU-Datenschutzrichtlinie
„Wichtige Vorschläge, die 2010 und darüber hinaus in Betracht gezogen werden sollen“: u.a. Außengrenzschutz (Einführung einer Datenbank, um Ein- und Ausreisen zu registrieren (entry-exit-system) und eines Programms für registrierte Reisende), legale Einwanderung (Vorschläge zu Einreise und Aufenthalt von Saisonarbeitern und innerbetrieblich Versetzten sowie ein Grünbuch zur Familienzusammenführung, Konsolidierung der geltenden Rechtsakte in einem „Einwanderungskodex“) und Innere Sicherheit: Mitteilung zu einem generellen Ansatz zur Übermittlung von Flugpassagierdaten (PNR) an Drittstaaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/402&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



MEHRHEIT DER MITGLIEDSTAATEN UND KOMMISSION WOLLEN DIE ENTWICKLUNG VON SIS II TROTZ ANHALTENDER PROBLEME FORTSETZEN

Wegen der Probleme bei der Entwicklung des neuen Schengener Informationssystems hatte der Rat umfassende Tests festgelegt und vereinbart, die Entwicklung bei deren Scheitern einzustellen und eine technische Alternative zu entwickeln. Die Kommission und 23 Mitgliedstaaten bewerten einen im März durchgeführten Test als erfolgreich. Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Österreich halten ihn dagegen für gescheitert. Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments hat vorgeschlagen, den Europäischen Rechnungshof um eine eingehende Prüfung des Projekts zu bitten.

KOMMISSION LEGT ÜBERARBEITETEN VORSCHLAG FÜR EU-AGENTUR ZUR VERWALTUNG VON SIS, VIS UND EURODAC VOR

Die Kommission hat ihren Vorschlag zur Errichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht geändert. Dies war nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erforderlich.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0093:FIN:EN:PDF>

KOMMISSION SCHLÄGT VERORDNUNG ÜBER DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE VOR

Die Kommission hat nähere Bestimmungen für die in Art. 11 Abs. 4 EU-Vertrag und Art. 24 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vorgesehene Europäische Bürgerinitiative vorgeschlagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/397&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/116&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

DEUTSCHER STÄDTETAG BEGRÜSST ENTWICKLUNGEN IM VERGABERECHT

Der Deutsche Städtetag hat eine Präsidiumssitzung in Brüssel mit europapolitischen Themen abgehalten. Vizepräsident, Oberbürgermeister Christian Ude (München) hob positive Entwicklungen der letzten Jahre hervor. Die kommu-



nalfreundliche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Vergaberecht sei zu begrüßen.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMJV

Aus der Liste der strategischen Initiativen, zu deren Durchführung im Jahr 2010 sich die Kommission verpflichtet, sind der Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms, die Überarbeitung der Brüssel I Verordnung und eine Analyse der politischen Kohärenz im Bereich der Sammelklagen hervorzuheben.

KOMMISSION LEGT ZWEI STRAFRECHTLICHE RICHTLINIENENTWÜRFE ZUR BEKÄMPFUNG DES KINDESMISSBRAUCHS UND DES MENSCHEN- HANDELS VOR

Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornographie:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/107&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/379&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Vorschlag der Europäischen Kommission über neue Rechtsvorschriften zur verstärkten Bekämpfung von Menschenhandel:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/108&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/380&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

GERINGES WACHSTUM DES GRENZÜBERSCHREITENDEN HANDELS IN DER EU

Die Kommission veröffentlichte am 29.03.2010 die Frühjahrsausgabe ihres Verbraucherbarometers. Danach kommen die Verbraucher noch immer nicht in den Genuss aller Vorteile des Binnenmarkts.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/384&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/109&format=HTML&aged=0&language=EN>

VERBRAUCHERSCHUTZ: SCHWARZE LISTE FÜR FLUGGESELLSCHAFTEN

Die Kommission hat am 30.03.2010 die Liste der Luftfahrtunternehmen, für die in der Europäischen Union ein Flugverbot gilt, wieder aktualisiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/388&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMF

Die Europäische Kommission hat am 31.03.2010 ihr Arbeitsprogramm für 2010 angenommen. Zentrales Vorhaben im Haushaltsbereich ist die für das dritte Quartal 2010 angekündigte Mitteilung zur Überprüfung des EU-Haushalts. Entsprechend dem Auftrag des Europäischen Rates vom 25./26.03.2010 wird die Kommission noch im zweiten Quartal 2010 (voraussichtlich am 12.05.2010) eine Mitteilung zur stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euroraum veröffentlichen. Weitere Themen sind mögliche Optionen für die Einrichtung von Abwicklungsfonds für Banken und ein effektives Krisenmanagement im Finanzsektor. Daneben sind in den nächsten Monaten Legislativvorschläge zur Verbesserung der Funktionsweise der Derivatemärkte, zu Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) und Leerverkäufen (short selling), zur Überarbeitung der Marktmissbrauchsrichtlinie und der Einlagensicherungsrichtlinie zu erwarten. Im steuerlichen Bereich plant die Kommission u. a. die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie, einen Legislativvorschlag für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und eine Mitteilung zur künftigen Mehrwertsteuer-Strategie.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2010_de.pdf

KONKRETISIERUNG DES HILFSPAKETS FÜR GRIECHENLAND

Am 11.04.2010 haben sich die Mitgliedstaaten des Euroraumes über die Modalitäten für mögliche Hilfsmaßnahmen zugunsten Griechenlands verständigt. Die Euro-Mitgliedstaaten sind bereit, im Rahmen eines dreijährigen Pro-



gramms im ersten Jahr bis zu 30 Milliarden Euro an bilateralen Krediten zu gewähren. Die Zinshöhe der bilateralen Kredite der Euro-Mitgliedstaaten wird – mit einigen Anpassungen – in Anlehnung an die IWF-Berechnungsregeln festgelegt. Basierend auf dem Zinsstand vom 09.04.2010 ergäbe sich für einen dreijährigen Festzins-Kredit für Griechenland ein Zinssatz von rund 5 %. Mit der Entscheidung vom 11.04.2010 haben die Finanzminister der Euro-Mitgliedstaaten aber noch kein konkretes Hilfspaket für Griechenland geschnürt, sondern nur weitere Details eines möglichen Hilfspakets geklärt. Der Hilfsmechanismus ist also noch nicht aktiviert. Hierüber wird entschieden, wenn Griechenland einen entsprechenden Antrag stellt. Jede Auszahlung aus den bilateralen Darlehen wäre von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets auf der Grundlage einer Beurteilung durch die Kommission und die EZB einstimmig zu beschließen und an strenge Bedingungen geknüpft.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/113686.pdf

EU-KOMMISSION BEWERTET PORTUGIESISCHES STABILITÄTSPROGRAMM

Die EU-Kommission hat am 14.04.2010 das aktualisierte Stabilitätsprogramm Portugals geprüft und bewertet. Portugal gehört zu den Mitgliedstaaten mit einem stark steigenden öffentlichen Schuldenstand. Das aktualisierte Programm Portugals enthält aus Sicht der Kommission angemessene Maßnahmen zur Senkung des öffentlichen Defizits auf 3 % des BIP bis 2013. Allerdings sieht die Kommission auch erhebliche Risiken. Insbesondere liegen dem portugiesischen Programm recht optimistische Wachstumsannahmen zugrunde. Daher könnten u. U. weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich werden. Bei der von der Kommission abgegebenen Bewertung des portugiesischen Stabilitätsprogramms handelt es sich lediglich um eine Empfehlung der Kommission. Die Entscheidung über die Stellungnahmen zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen trifft letztlich der ECOFIN-Rat.

http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/pdf/20_scps/2009-10/03_commission/2010-04-14_pt_recommendation_for_co_en.pdf



ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSION ZU INNOVATIVEN FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN

Die Kommission hat am 06.04.2010 ein Arbeitsdokument zu innovativen Finanzierungsmöglichkeiten auf globaler Ebene veröffentlicht. Die Kommission spricht sich für eine global möglichst einheitliche Vorgehensweise aus. Sollte allerdings eine Koordinierung auf globaler Ebene kurz- oder mittelfristig nicht erreichbar sein, sollte auch die Möglichkeit eines rein europäischen Ansatzes geprüft werden. Die Kommission beleuchtet u. a. die Vor- und Nachteile einer Finanztransaktionssteuer einerseits und einer Bankenabgabe andererseits. Eine abschließende Entscheidung für eine dieser Optionen trifft die Kommission zwar nicht. Gleichwohl lässt sich dem Arbeitsdokument eine deutliche Tendenz zu einer Bankenabgabe entnehmen. Weitere Themen des Arbeitsdokuments sind innovative Finanzierungsformen in Bezug auf den Klimaschutz (Emissionshandelssystem/CO₂-Komponenten in der Energiesteuer) sowie in Bezug auf die Entwicklungspolitik.

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/international/documents/innovative_financing_global_level_sec2010_409en.pdf

AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE UNTERSCHIEDLICHE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND LEISTUNGSBILANZ IM EURORAUM

Die EU-Kommission hat am 31.03.2010 ihren vierteljährlichen Bericht über den Euroraum veröffentlicht, der die Auswirkungen der Krise auf Divergenzen im Eurogebiet darstellt. Auch wenn sich die Leistungsbilanzunterschiede im Euroraum durch die Krise etwas verringert haben, besteht aus Sicht der Kommission Anpassungsbedarf. In erster Linie geht es dabei um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzdefiziten durch Anpassungen u. a. bei den Löhnen und Preisen. In Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen müsse durch Strukturreformen die Binnen- nachfrage gestärkt werden. Entsprechende Zielvorgaben hatte sich die Euro- gruppe in ihrer Sitzung am 15.03.2010 gesetzt.

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/qr_euro_area/2010/pdf/qrea_201001en.pdf

NEUES ELEKTRONISCHES VERBRAUCHSTEUERKONTROLLSYSTEM

Am 01.04.2010 wurde ein neues elektronisches System zur Überwachung der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren (Alkohol, Tabakwaren und



Energieerzeugnisse) in der EU in Betrieb genommen (Excise Movement and Control System/EMCS). Es soll den innergemeinschaftlichen Handel mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren für die Wirtschaftsbeteiligten kostengünstiger und einfacher machen und eine verbesserte Bekämpfung des Verbrauchsteuerbetruges ermöglichen. Das neue computergestützte System tritt an die Stelle der bisherigen Papierformulare und ermöglicht die Überwachung der Beförderung von Waren in Echtzeit. Die Behörden der Mitgliedstaaten und die Wirtschaftsbeteiligten können sich schrittweise bis zum 01.01.2011 an das System anschließen. Ab diesem Zeitpunkt soll das EMCS vollumfänglich in ganz Europa verwendet werden.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/excise_duties/circulation_control/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMWIVT

Für den Bereich des StMWIVT sind die geplante verstärkte wirtschaftspolitische Überwachung und Abstimmung sowie die stärkere politische Einflussnahme im Euro-Raum ein Schwerpunkt im Aktionsbereich „Bewältigung der Krise und Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft in Europa“. Weiter wird die Gewährleistung stabiler, verantwortungsvoller Finanzmärkte angestrebt, die Umsetzung des Reformprogramms „Europa 2020“ und die Beseitigung von Engpässen und Lücken in Europa, wie z. B. bei der Vollendung des Binnenmarkts, dem EU-Patent, sowie bei den Bereichen Verkehr und Energie-Infrastruktur. Im Aktionsbereich „Die externe Agenda: Eine einflussreiche Europäische Union, die mit einer Stimme spricht“ ist die Festlegung der Handelsstrategie im Rahmen der Zukunftsstrategie „Europa 2020“ zu erwähnen.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2010_de.pdf

KOMMISSION LEGT ERSTEN BERICHT ÜBER DIE UMSETZUNG DER EU-KOHÄSIONSPROGRAMME FÜR 2007 – 2013 VOR

Zur Umsetzung der europäischen Kohäsionspolitik hat die Europäische Kommission am 31.03.2010 einen Bericht verabschiedet, nach dem 93 Mrd. €, bzw. 27 % der EU-Fördergelder, in den letzten drei Jahren in Investitionsprojekte



zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum in Europa flossen. Mit der Mitteilung, die sich auf die nationalen Berichte und Angaben der 27 Mitgliedstaaten stützt, sollen aktuelle Aussagen über das Potential der Strukturfonds vermittelt werden, die Überwindung der Wirtschaftskrise zu beschleunigen. Dabei wird erstmals bewertet, in welchem Maße die einzelnen Länder die vereinbarten EU-Ziele erreicht haben. Die Mitgliedstaaten werden auch aufgefordert, die Umsetzung der Programme zu verbessern und die Kohäsionsmittel optimal einzusetzen. Als Beispiele werden der Schienenverkehr, die großen Energie- und Umweltprojekte und der Bereich der sozialen Integration genannt (s. auch Beitrag im Bereich des StMAS).

http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/reporting/index_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AUSSCHREIBUNG FÜR INNOVATIVE ÖKOPROJEKTE

Die Europäische Kommission hat am 13.04.2010 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Ökoinnovationsprojekte veröffentlicht. Hierfür sollen aus dem Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) 35 Mio. € bereitgestellt werden. Die Vorschläge sollen aus den vier großen Bereichen Materialrückführung, nachhaltige Baustoffe, Lebensmittel und Getränke sowie umweltfreundliche Geschäftspraktiken kommen. Die Einreichungsfrist endet am 09.09.2010. Es sollen hieraus etwa 50 Projekte ausgewählt werden.

Die Ausschreibung richtet sich in erster Linie an kleine und mittlere Unternehmen, die grüne Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen entwickelt haben, die zwar technisch erprobt, aber am Markt noch nicht positioniert sind. Angeboten wird eine Kofinanzierung in Form von Zuschüssen, die bis zu 50 % der Gesamtkosten des Vorhabens ausmachen können.

http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/application_en.htm

NÜRNBERG UNTER FINALISTEN FÜR DEN TITEL „GRÜNE HAUPTSTADT EUROPAS 2012 UND 2013“

Die Europäische Kommission hat am 09.09.2010 bekannt gegeben, dass Nürnberg neben Barcelona, Malmö, Nantes, Reykjavik und Vitoria-Gasteiz zu den Finalisten im Wettbewerb um den Titel der „grünen Hauptstadt Europas“ gehört. Die Städte werden anhand einer umfangreichen Checkliste von Umweltkriterien geprüft, die den individuellen Beitrag der Städte zur Bekämpfung des Klimawandels, die öffentlichen Verkehrsmittel, städtische Grünflächen,



nachhaltige Landnutzung, Natur und biologische Vielfalt, die städtische Luftqualität, Lärmbelastung, Abfallaufkommen und -beseitigung, Wasserverbrauch, Abwasserbehandlung und das Umweltmanagement der Stadtverwaltung umfasst. Die „grünen Hauptstädte Europas“ für 2012 und 2013 werden Ende Oktober 2010 in Stockholm bekannt gegeben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/410&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMELF

In dem Arbeitsprogramm der Kommission für 2010 wird die Landwirtschaft insbesondere im Zusammenhang mit dem Wachstums- und Beschäftigungspotential in ländlichen Gebieten, dem territorialen Zusammenhalt und der Ernährungssicherheit genannt. Zu den prioritären Aufgaben der Kommission, die sich entscheidend auf die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auswirken, gehören die Mitteilung der Kommission zur Zukunft der GAP (Ende 2010) und die Vorschläge der Kommission zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen in 2011.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2010_de.pdf

ÖFFENTLICHE DEBATTE ZUR ZUKUNFT DER GEMEINSAMEN AGRAR- POLITIK GESTARTET

Agrarkommissar *Dacian Cioloș* hat am 12.04.2010 den Startschuss für die öffentliche Debatte zur Zukunft der GAP nach 2013 gegeben. Hierfür wurde eine Internetseite eingerichtet, an der sich alle Landwirte, landwirtschaftlichen Organisationen, Umweltschutzverbände, Verbraucherschutzverbände, Tierschutzorganisationen sowie interessierte Bürger beteiligen können. Die Diskussion wird als Beitrag zur Strategie „EU 2020“ gesehen und gliedert sich in vier Hauptfragen: Wozu brauchen wir eine Gemeinsame Agrarpolitik der EU? Welche Ziele weist die Gesellschaft der Landwirtschaft in ihrer Vielfalt zu? Weshalb soll die GAP reformiert werden und wie lässt sie sich an den Erwartungen der Gesellschaft ausrichten? Welche Instrumente benötigt die GAP von morgen? Bis 03.06.2010 können sich alle Interessierten auf der Internetseite äußern.



<http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/index.htm>

EUROPÄER SIND MEHRHEITLICH FÜR DIE ZIELE DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK

Bereits zum dritten Mal in Folge bestätigt eine Meinungsumfrage im Auftrag der GD AGRI, dass die Leitlinien und Ziele der GAP mehrheitlich von den europäischen Bürgern unterstützt werden. Durchschnittlich 90 % der Europäer (DE: 93 %) sind der Meinung, dass die Landwirtschaft und die ländlichen Gegenden wichtig für die Zukunft Europas sind. Knapp die Hälfte der Befragten spricht sich dafür aus, Entscheidungen in diesem Bereich auf europäischer Ebene zu treffen. Von besonderer Bedeutung sind für die europäischen Bürger die Lebensmittelqualität (DE: 66 %), angemessene Lebensmittelpreise (DE: 43 %), ein angemessener Lebensstandard für die Landwirte (DE: 35 %) sowie der Schutz der Umwelt und der Kampf gegen den Klimawandel (DE: 47 %).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/391&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

EUROBAROMETERUMFRAGE ZUM WISSEN DER BEVÖLKERUNG ÜBER BIODIVERSITÄT

Laut einer veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage gaben 88 % der befragten Deutschen an, gut über das Thema Biodiversität Bescheid zu wissen. Europa-weit wissen allerdings nur 38 % der Befragten, was Biodiversität bedeutet, 28 % kennen den Begriff, wissen aber nicht, was damit gemeint ist. 63 % der befragten Deutschen verbinden mit dem Verlust der Biodiversität das Aussterben von Tieren und Pflanzen (EU-weit: 4 %). Intensive Landwirtschaft sehen 26 % der befragten Deutschen als größte Gefahr für die biologische Vielfalt (EU-weit: 19 %). Europaweit wird die Umweltverschmutzung als Hauptfaktor gesehen (27 %) (s. hierzu Bericht des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_290_en.pdf

KOMMISSIONSKAMPAGNE GEGEN DEN VERLUST AN ARTENVIELFALT

Parallel zur Veröffentlichung der Eurobarometer-Umfrage hat die Kommission die Kampagne „Biodiversität – das geht uns alle an“ gestartet, um die Öffentlichkeit über den Verlust an biologischer Vielfalt zu informieren. Im Fokus der Kampagne steht die Sensibilisierung der EU-Bürger für dieses komplexe Thema (s. hierzu Bericht des StMUG in diesem EB).



http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/campaign/index_de.htm

KOMMISSION FORDERT ZUR EINREICHUNG VON ÖKO-INNOVATIONS-PROJEKTEN AUF

Die Kommission hat in einer Aufforderung insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) aufgefordert, Vorschläge für „grüne“ Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen einzureichen. Für die Markteinführung der Produkte stellt die Kommission eine Anschubfinanzierung, die bis 50 % der Kosten deckt, in Aussicht. Angenommen werden Vorschläge zu Materialrückführung, nachhaltige Baustoffe, Lebensmittel und Getränke und umweltfreundliche Geschäftspraktiken (s. hierzu Bericht des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/application_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMAS

Die Europäische Kommission hat am 31.03.2010 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2010 „Jetzt handeln“ mit vier Aktionsbereichen, 34 strategischen Prioritäten und 280 weiteren Vorschlägen vorgelegt. Als vier Schwerpunktthemen werden darin benannt: die Bewältigung der Krise und Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft in Europa, eine Agenda für Bürgernähe, die Modernisierung der Instrumente und Arbeitsweise der EU sowie die Entwicklung einer außenpolitischen Agenda. Zur Konkretisierung der am 03.03.2010 durch die Kommission vorgelegten Initiative „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ werden Mitteilungen zu darin aufgeführten Vorhaben angekündigt, u.a. zu Jugendbeschäftigung, „Jugend in Bewegung“, zu einer „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ sowie einer „Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Armut“. Legislative Vorschläge beinhaltet das Arbeitsprogramm mit Blick auf die Revision der Arbeitszeitrichtlinie, zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit, zum Arbeitnehmerschutz vor elektromagnetischen Feldern sowie zum Europäischen Sozialfonds (ESF). Zudem sollen Vorschläge erarbeitet werden, die die Umsetzung der Entsenderichtlinie eindeutig regeln, sowie ein Grünbuch zur Zukunft der Rentensysteme.



http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_en.htm

KOHÄSIONSPOLITIK: EUROPÄISCHE KOMMISSION LEGT STRATEGIEBERICHT ÜBER DIE UMSETZUNG DER PROGRAMME 2007-2013 VOR

Zur Umsetzung der Europäischen Kohäsionspolitik hat die Europäische Kommission am 31.03.2010 einen Bericht angenommen, nach dem 93 Milliarden Euro bzw. 27 Prozent der EU-Fördergelder in den letzten drei Jahren in Investitionsprojekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum in Europa flossen. Mit der Mitteilung, die sich auf die nationalen Berichte der 27 Mitgliedstaaten stützt, sollen aktuelle Aussagen vermittelt werden über das Potenzial der Strukturfonds, die Überwindung der Wirtschaftskrise zu beschleunigen. Dabei wird erstmals bewertet, in welchem Maße die einzelnen Länder die vereinbarten EU-Ziele erreicht haben. Die Mitgliedstaaten werden zudem aufgefordert, die Umsetzung der Programme zu verbessern und die Kohäsionsmittel optimal einzusetzen. So seien in wichtigen Bereichen wie lebenslanges Lernen und aktive Arbeitsmarktpolitik zwar gute Fortschritte erzielt worden. Zugleich mache der Bericht nach Auffassung der Kommission jedoch auch deutlich, dass weitere Anstrengungen erfolgen sollten, um die Durchführung der Projekte u.a. zur Förderung der sozialen Integration zu verbessern.

http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/reporting/index_en.htm

EU-KOMMISSION: VERSTÄRKTE NUTZUNG DER STRUKTURFONDS ZUR BESSEREN EINGLIEDERUNG DER ROMA-GEMEINSCHAFTEN

Anlässlich des Internationalen Tages der Roma fand am 08. und 09.04.2010 im spanischen Cordoba der zweite Europäische Gipfel über die Einbeziehung der Roma statt. Das Trio der spanischen, belgischen und ungarischen Ratspräsidentenschaften nahm eine Erklärung an zum Zweck der gemeinsamen Verpflichtung für die Einbeziehung der Roma in alle relevanten Strategien. Die Europäische Kommission hatte als Hauptbeiträge am Vortag eine Mitteilung über die soziale und wirtschaftliche Integration der Roma in Europa sowie einen Fortschrittsbericht über die Umsetzung von EU-Instrumenten und Strategien für die Einbeziehung der Roma 2008-2010 vorgelegt. Damit forderte die Kommission die Mitgliedstaaten u.a. dazu auf, EU-Mittel für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration der Roma zu nutzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/407&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



EUGH: SCHLUSSANTRAG ZUR BETRIEBLICHEN ALTERSVERSORGUNG DURCH DIE KOMMUNEN OHNE EUROPaweITE AUSSCHREIBUNG

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den EG-Vergaberichtlinien im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge durch die Kommunen hat die zuständige Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) *Verica Trstenjak* am 14.04.2010 ihren Schlussantrag vorgelegt. Der Rechtssache liegt eine Vertragsverletzungsklage der Europäischen Kommission gegen Deutschland zugrunde, mit der die Praxis einer Vielzahl großer Städte beanstandet wird, Rahmenvereinbarungen über die betriebliche Altersvorsorge ihrer Angestellten ohne europaweite Ausschreibungen direkt mit tarifvertraglich ausgewählten Versorgungsträgern abzuschließen. Der Schlussantrag der vorliegenden Rechtssache (C-271/08) widmet sich insbesondere der Frage, ob die Niederlassungs- und die Dienstleistungsfreiheit eine Einschränkung des Grundrechts auf Kollektivverhandlungen sowie der Tarifautonomie rechtfertigen können. Abschließend bezeichnet die Generalanwältin die Klage der Kommission als „im Ergebnis unzureichend substantiiert und demnach abzuweisen“.

<http://curia.europa.eu>

EU-KOMMISSION: RICHTLINIE ZUR BEKÄMPFUNG SEXUELLEN MISSBRAUCHS UND AUSBEUTUNG VON KINDERN SOWIE DER KINDERPORNOGRAPHIE

Die EU-Kommission hat am 29.03.2010 einen Richtlinienvorschlag (KOM(2010) 94) zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs und Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornographie vorgelegt. Dieser soll den schon bestehenden Rahmenbeschluss 2004/68/JI ersetzen und an die neuen Entwicklungen anpassen. Entsprechende Vorschläge wurden von der Kommission zwar schon im Jahr 2009 vorgelegt; diese sind jedoch nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hinfällig geworden und mussten – jetzt als Richtlinie und nicht mehr als Rahmenbeschluss – neu eingebracht werden (s. auch Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMJV).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/107&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/379&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMU

Im von der Europäischen Kommission für 2010 vorgelegten Arbeitsprogramm sind für den Bildungsbereich insbesondere diejenigen Initiativen von Bedeutung, die die Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“ und „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ näher ausgestalten sollen. So soll eine Mitteilung zu „Jugend in Bewegung“ im dritten Quartal 2010 Maßnahmen vorgeben, um die Bildungssysteme leistungsfähiger und das Hochschulwesen attraktiver zu machen und jungen Menschen mehr Mobilitätsprogramme zu bieten. Im Zusammenhang mit der „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ sollen ebenfalls im dritten Quartal 2010 vorrangige Maßnahmen zur Modernisierung der Arbeitsmärkte vorgeschlagen werden, die auch die lebenslange Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen fördern sollen.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2010_de.pdf

INFORMELLE TAGUNG DER EUROPÄISCHEN BILDUNGSMINISTER AM 13./14.04.2010

Die europäischen Bildungsminister haben im Rahmen ihrer informellen Ratstagung am 13./14.04.2010 in Madrid darüber diskutiert, welche Bedeutung der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Europa 2020-Strategie nach den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 25./26.03.2010 zukommt. Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs stand dabei die Frage nach der Festlegung der EU-Ziele und der nationalen Ziele sowohl im Hinblick auf deren Höhe als auch hinsichtlich des Verfahrens. Darüber hinaus fand ein erster Gedankenaustausch zur Initiative „Jugend in Bewegung“ („Youth on the Move“) statt, die von der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung zur Europa 2020-Strategie vorgestellt wurde und die unter anderem dazu dienen soll, die transnationale Mobilität auch nach dem Ende der laufenden Förderperiode durch EU-Programme zu fördern. Deutschland wurde auf der Ratstagung seitens des Bundes durch den Staatssekretär im BMBF Dr. Helge Braun, seitens der Länder durch Senator Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner vertreten.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMWFK

Das Arbeitsprogramm sieht Bildung, Forschung und Innovation als Querschnittsmaßnahmen für die identifizierten Herausforderungen und die dazu respondierenden 34 strategischen Initiativen und weiteren Kommissionsmaßnahmen an. Besonderes Augenmerk wird auf die für das dritte Quartal avisierte Mitteilung zum „Europäischen Plan für Forschung und Innovation“ zu legen sein, welche zudem durch die Erarbeitung von „Output-orientierten Indikatoren“ der FuE- und Innovationsintensität unterstützt wird. Das „Highlight“ aus der Liste der weiteren Kommissionsaktionen ist der Vorschlag für das kommende 8. Forschungsrahmenprogramm (FRP). Die angekündigte Mitteilung zur Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums und des Halbzeitberichts zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm werden bereits Hinweise auf das 8. FRP geben. Aus dem Bereich Kultur kündigt die Kommission die Veröffentlichung einer Kulturagenda an.

INFORMELLES TREFFEN DER KULTURMINISTER IN BARCELONA AM 30./31.03.2010

Die Identifizierung von strategischen Förderungsmaßnahmen für die Kultur- und Kreativwirtschaft standen im Mittelpunkt des informellen Treffens der europäischen Kulturminister am 30. und 31.03.2010 in Barcelona. Es gelte, konkrete Maßnahmen für diesen Bereich zu finden, damit die Kultur- und Kreativwirtschaften verstärkt zu Wachstum und Beschäftigung in Europa beitragen können. Staatsminister *Dr. Heubisch* regte an, den Stellenwert der Kultur (und ihre Förderung) in den Europäischen Strukturfonds zu erhöhen. Insgesamt herrschte große Einigkeit darüber, dass die Bedeutung der Kultur in der Strategie „Europa 2020“ nicht ausreichend gewürdigt werde und dass Kommission und Europäischer Rat eine entsprechende Ergänzung vornehmen sollten.

EUGH: ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNGEN FÜR NICHTANSÄSSIGE STUDIERENDE

Das Unionsrecht steht der Beschränkung der Erstimmatrikulation von nichtansässigen Studierenden für universitäre Studiengänge im Bereich des Gesundheitswesens grundsätzlich entgegen, lässt jedoch eine Beschränkung ausnahmsweise zu, wenn diese einschränkende Regelung im Hinblick auf das Ziel



des Schutzes der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt ist. Dieser Urteilstenor des EuGH (Rechtssache C-73/08) betraf ein belgisches Dekret, welches zur Sicherung der späteren Arztversorgung in der Französischen Gemeinschaft die dortigen Hochschulen verpflichtet, die Zahl der nicht in Belgien ansässigen (potentiellen) Studierenden prozentual zu begrenzen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-73/08>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2010 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMUG

Am 31.03.2010 hat die Kommission das Arbeitsprogramm für das Jahr 2010 vorgelegt. Die für den Umweltbereich wesentlichen Punkte der Mitteilung „Jetzt handeln“, sind u. a. die sog. Leitinitiative „ressourcenschonendes Europa“, die im Zusammenhang mit der Strategie Europa 2020 die Vision einer Energiewende in Europa verwirklichen soll. Insbesondere soll dabei bis 2050 die sog. „Entkarbonisierung“ der Energie- und Verkehrssysteme erreicht bzw. vorangebracht werden. Ein bedeutender Baustein hierfür ist der neue Energieaktionsplan 2011-2020. Einen weiteren Umweltschwerpunkt stellt der Schutz der Biodiversität dar. Wie schon im Fall der Klimaschutzpolitik sollen zukünftig auch die Aspekte der Artenvielfalt verbesserten Eingang in die verschiedenen Politikfelder der Kommission finden, um ein nachhaltiges Wirtschaften und Leben zu erlauben. Gegen Jahresende wird hierzu eine umfassende Mitteilung zu einer neuen post-2010 Biodiversitätspolitik und -strategie erfolgen (s. EB Nr. 02/10). Der Bereich Gesundheit bildet zwar keinen eigenen Aktionsschwerpunkt in dem Arbeitsprogramm der Kommission, der Bürger soll jedoch verstärkt in den Fokus der EU-Politik gerückt werden. Die Kommission kündigt in ihrer Mitteilung beim zweiten Aktionsbereich „Agenda für Bürgernähe“ in dieser Hinsicht u. a. ausdrücklich an, über die Themen Klonen von Tieren, Biotechnologie und Nanotechnologie öffentliche Diskussionen einleiten zu wollen.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2010_de.pdf

NEUE GENERALDIREKTOREN IN GD SANCO UND GD KLIMAPOLITIK

Seit dem 01.04.2010 ist die Italienerin *Paola Testori Coggi* die neue Generaldirektorin der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher (GD SANCO).



Ebenfalls um 01.04.2010 wurde der bisherige stellvertretende Generaldirektor der GD Umwelt, *Jos Delbeke*, zum Generaldirektor der neugeschaffenen GD Klimapolitik berufen.

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/chart.pdf

http://ec.europa.eu/dgs/information_society/directory/pdf/organi_en.pdf

KONSULTATION ZUM ENTSORGUNGSMANAGEMENT VON RADIOAKTIVEN ABFÄLLEN

Die Kommission hat am 31.03.2010 eine Internetkonsultation zum Entsorgungsmanagement von radioaktivem Abfall eröffnet. Die Ergebnisse sollen in den noch für dieses Jahr geplanten Regelungsvorschlag zur Entsorgung von radioaktivem Abfall einfließen. Die Frist für die Teilnahme an der Konsultation endet am 31.05.2010.

Konsultation:

http://ec.europa.eu/energy/nuclear/consultations/2010_05_31_fuel_waste_en.htm

Onlinefragebogen:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=fuelwaste&lang=en>

NÜRNBERG IM RENNEN UM DEN TITEL „GRÜNE HAUPTSTADT“ 2012 UND 2013

Nach Bekanntgabe der Kommission vom 09.04.2010 zählt die Stadt Nürnberg neben Barcelona (Spanien), Malmö (Schweden), Nantes (Frankreich), Reykjavik (Island) und Vitoria-Gasteiz (Spanien) zu den Finalisten um den begehrten Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ 2012 und 2013 (s. EB Nr. 02/10). In den folgenden Monaten werden die sechs Städte einer Überprüfung nach einer Reihe von elf Umweltindikatoren, wie z.B. nach ihrem individuellen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels, zu einer nachhaltigen Landnutzung und zur städtischen Luftqualität etc. unterzogen.

http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/index_en.htm

EUROBAROMETER – WAS VERSTEHEN EU-BÜRGER UNTER BIODIVERSITÄT?

Am 09.04.2010 veröffentlichte die Kommission anlässlich des Internationalen Jahres der Biodiversität 2010 eine Eurobarometer-Umfrage über die Einstellung der EU-Bürger zum Themenkomplex Biodiversität. Dabei zeigte sich, dass



eine Mehrzahl der EU-Bürger sowohl den Begriff nicht kennt als auch nichts über den drohenden Verlust an Artenvielfalt weiß.

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_290_en.pdf

KOMMISSIONSKAMPAGNE GEGEN DEN VERLUST AN ARTENVIELFALT

Parallel zur Veröffentlichung der Eurobarometer-Umfrage (s. gesonderter Beitrag in diesem EB) hat die Kommission die Kampagne „Biodiversität – das geht uns alle an“ gestartet, um die Öffentlichkeit über den Verlust an biologischer Vielfalt zu informieren. Im Fokus der Kampagne steht die Sensibilisierung der EU-Bürger für dieses komplexe Thema.

http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/campaign/index_de.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AUSSCHREIBUNG FÜR INNOVATIVE ÖKOPROJEKTE

Die Europäische Kommission hat am 13.04.2010 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Ökoinnovationsprojekte veröffentlicht. Hierfür sollen aus dem Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) 35 Mio. € bereitgestellt werden. Die Vorschläge sollen aus den vier großen Bereichen Materialrückführung, nachhaltige Baustoffe, Lebensmittel und Getränke sowie umweltfreundliche Geschäftspraktiken kommen. Die Einreichungsfrist endet am 09.09.2010. Es sollen hieraus etwa 50 Projekte ausgewählt werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation/application_en.htm

EU-BÜRGER MÜSSEN BESSER ÜBER ANTIBIOTIKAEINSATZ AUFGEKLÄRT WERDEN

Die Kommission hat am 09.04.2010 die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht, die zeigt, dass viele Menschen in der EU unzureichend über die korrekte Anwendung von Antibiotika informiert sind. Zugleich nahm die Kommission einen zweiten Fortschrittsbericht über die Empfehlung des Rates zur umsichtigen Verwendung antimikrobieller Mittel von 2002 an, nach dem bei der Bekämpfung der Ausbreitung der Antibiotikaresistenz gute Fortschritte erzielt wurden. Der Kommissar für Gesundheit, *John Dalli*, hält angesichts eines übermäßigen Einsatzes von Antibiotika bei Mensch und Tier und der damit einhergehenden zunehmenden Resistenz gegen solche Mittel die weitere Sensibilisierung der EU-Bürger für die im Zusammenhang mit



Antibiotikamissbrauch bestehenden Risiken für erforderlich. Die Kommission will hierbei die Mitgliedstaaten unterstützen.

Ergebnisbericht der Eurobarometer-Umfrage:

http://ec.europa.eu/health/antimicrobial_resistance/docs/ebs_338_en.pdf

Fortschrittsbericht:

http://ec.europa.eu/health/antimicrobial_resistance/docs/amr_report2_en.pdf

EUGH: ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNGEN FÜR NICHTANSÄSSIGE STUDIERENDE

Das Unionsrecht steht der Beschränkung der Erstimmatrikulation von nichtansässigen Studierenden für universitäre Studiengänge im Bereich des Gesundheitswesens grundsätzlich entgegen, lässt jedoch eine Beschränkung ausnahmsweise zu, wenn diese einschränkende Regelung im Hinblick auf das Ziel des Schutzes der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt ist. Dieser Urteilstenor des EuGH (Rechtssache C-73/08) betraf ein belgisches Dekret, welches zur Sicherung der späteren Arztversorgung in der Französischen Gemeinschaft die dortigen Hochschulen verpflichtet, die Zahl der nicht in Belgien ansässigen (potentiellen) Studierenden prozentual zu begrenzen (s. Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-73/08>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

KROES LEGT LEITLINIEN ZUR NETZNEUTRALITÄT VOR

Neelie Kroes, Kommissarin für die Digitale Agenda, hat am 13.04.2010 bei einer Konferenz der französischen Telekommunikations-Regulierungsbehörde ARCEP in Paris ihre Leitlinien zur Netzneutralität vorgelegt. Die Internetnutzer sollen Zugang zu den Diensten und Inhalten ihrer Wahl haben, den Anbietern von Netzwerken und Inhalten sollen Anreize und Möglichkeiten zur Investition und Innovation geboten werden. Notwendige Regulierungsmaßnahmen sollen unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sein. Als nächster Schritt sei noch vor dem Sommer eine öffentliche Konsultation vorgesehen, um die europäische Debatte zur Netzneutralität voranzutreiben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/153&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>